

werden. (IHT, 16.12.92) Auch Planvorgaben für den Import sollen in diesem Zeitraum abgeschafft werden. Außerdem ist eine schrittweise Aufhebung der Subventionen für bestimmte Importe wie Getreide und Kunstdünger vorgesehen. (SWB, 16.12.92)

Bei den letzten Gesprächen über die Bedingungen der Aufnahme Chinas in das GATT, wurde der chinesischen Vertretung eine Liste mit Fragen zur Subventionspraxis, zu internen Preisstützungsmechanismen sowie über Maßnahmen, die eine Einhaltung der GATT-Bestimmungen garantieren können, vorgelegt. Bis zum 15. Januar 1992 hat China Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Die nächste Tagung der China-Arbeitsgruppe im GATT wird am 15.3.92 durchgeführt. (AWSJ, 14.12.92) -schü-

\* (24)

#### Importzollsätze gesenkt

Die Kommission für Zollbestimmungen beim Staatsrat hat zum 31.12.92 eine umfangreiche Reduzierung der Importzölle angekündigt. Insgesamt sollen die Importzölle für 3.371 Güter gesenkt werden, 53,6% der gesamten Importprodukte. Durch diese Maßnahmen geht das Niveau der Importzölle um 7,3% zurück. Von der Reduzierung der Zölle sind bestimmte Rohstoffe und Halbfertigwaren betroffen sowie High-Tech-Produkte, die nicht im Inland hergestellt werden können, und solche Fertigprodukte, bei denen China international konkurrenzfähig ist.

Aufgeteilt nach Produktkategorien wird die Senkung der Importzölle bei landwirtschaftlichen Produkten 8%, bei mineralischen Produkten 6,9%, bei chemischen Produkten 4,2% und bei Holz- und Papierprodukten 9,6% betragen. Weiterhin sollen die Zölle von Rohstoffen für die Textilindustrie und Textilprodukte um 9,6%, von Baumaterialien um 9,2%, von Metallen und metallischen Produkten um 9,2%, von elektromechanischen Geräten um 6,2% und von Transportausrüstungen um 5,2% gesenkt werden. (SWB, 24.12.92) -schü-

\* (25)

#### Textilindustrie: Trotz Exporterfolgen noch in der Krise

Die Textilindustrie rechnet in diesem Jahr mit einer Steigerung ihrer Exporte um 20% auf 24 Mrd.US\$. Bis Okto-

ber entfiel auf den Export von Textilien ein Anteil von 6,7 Mrd.US\$ und auf Bekleidung 12,6 Mrd.US\$. Bezogen auf die Gesamtexporte in der Januar- bis Oktoberperiode war die Textilindustrie mit 29,5% der wichtigste Devisenbringer. Im letzten Jahr konnte die Textilindustrie ein Exportvolumen von 16,7 Mrd.US\$ realisieren, der Anteil der Bekleidungsausfuhren betrug rund 9 Mrd.US\$.

Die Zahl der Textilunternehmen, denen Rechte zum Handel mit dem Ausland eingeräumt worden sind, soll inzwischen auf 213 gestiegen sein; viele Unternehmen sind im Grenzhandel aktiv. Auch die Zahl der mit ausländischem Kapital gegründeten Textilunternehmen hat sich in diesem Jahr erhöht. Insgesamt wurden 242 ausländische Investitionsprojekte mit einem Vertragswert von 372 Mio.US\$ genehmigt. Die Anzahl der Textilunternehmen mit ausländischem Kapital soll insgesamt rund 3.000 ausmachen.

Trotz der Exporterfolge hat die Textilindustrie mit dem Problem niedriger Effizienz zu kämpfen, die sich in diesem Jahr nach Aussagen der Ministerin der Textilindustrie, Wu Wenying, sogar weiter verschlechterte. Die Produktion sei außer Kontrolle und das für die technologische Erneuerung der Unternehmen notwendige Kapital nicht ausreichend vorhanden. Rund 40% der staatlichen Textilunternehmen in den 39 großen und mittleren Städten hätten im September Verluste gemacht. Als Gründe hierfür nannte die Ministerin Preissteigerungen, Überproduktion und schlechte Produktqualität. Von Januar bis September d.J. seien Gewinne und Steuern der staatlichen Unternehmen um 9,42% gegenüber der Vorjahresperiode gesunken.

Wu Wenying hofft, daß die Textilindustrie trotz allem bis Ende d.J. eine Trendwende in der wirtschaftlichen Effizienz einleiten und die Verluste um 10% reduzieren kann. Für das Jahr 1993 rechnet die Ministerin mit einem Anstieg der in- und ausländischen Nachfrage und einer damit verbundenen Verbesserung der Bedingungen für die Industrie. (CD, 24.12.92)

Um die Entwicklung der Textilindustrie zu unterstützen, sollen 1993 Kredite in Höhe von 3,5 Mrd.Yuan, einschließlich Devisen im Werte von 300 Mio.US\$, bereitgestellt werden. Die Kredite sind für die Erneuerung der Textilmaschinen bestimmt und sol-

len vor allem an Exportunternehmen und große Staatsbetriebe gehen. Im Jahre 1992 hat die Textilindustrie bereits Kredite im Umfang von 2,9 Mrd.Yuan, einschließlich Devisen in Höhe von 280 Mio.US\$, für 633 technische Projekte erhalten. Zur Lieferung moderner Textilmaschinen wurden Verträge mit Unternehmen aus Deutschland, Italien, Japan und der Schweiz abgeschlossen. (CD, 25.12.92) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\* (26)

#### Schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt erwartet

Nach Angaben von Arbeitsminister Ruan Chongwu sei damit zu rechnen, daß in den nächsten drei Jahren zusätzlich 20 Millionen Arbeitskräfte auf den städtischen Arbeitsmarkt drängen. Darüber hinaus sei zu erwarten, daß in derselben Periode durch die Umstrukturierung in den Staatsbetrieben rund 10 Millionen Beschäftigte freigesetzt würden, für die neue Arbeitsplätze innerhalb oder außerhalb dieser Unternehmen gefunden werden müßten. Die Aufgabe der Beschäftigungspolitik werde nach Ruan Chongwu weiterhin dadurch erschwert, daß in den ländlichen Gebieten für rund 100 Millionen Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen geschaffen werden müßten. (CD, 16.12.92) Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktsituation in den ländlichen Gebieten dürften jedoch nicht zu Lasten der städtischen Beschäftigung gehen. (SWB, 17.12.92)

Um den Beschäftigungsdruck der staatlichen Unternehmen zu reduzieren, forderte Ruan Chongwu, daß der private und kollektive Sektor mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen sollte. Auch im Ausbau des tertiären Sektors sieht der Arbeitsminister Chancen, das Arbeitsangebot zu erhöhen, ebenso wie in der Ausweitung des Arbeitskräfteexports. Nach Mofert-Statistiken arbeiteten im Zeitraum Januar bis Oktober 1992 insgesamt 128.000 Arbeitskräfte im Ausland, ein Anstieg um 40% gegenüber der Vorjahresperiode. (CD, 4.12.92)

Die offizielle (städtische) Arbeitslosenquote wird mit 2,3% für 1992 angegeben. Insgesamt sollen die neu ge-

gründeten 13.000 staatlichen Arbeitsberatungsstellen in diesem Jahr sieben Millionen Arbeitsplätze vermittelt haben. Die Zahl der Arbeitslosen, die eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, habe sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 300.000 Personen belaufen; der Arbeitslosenfonds soll in diesem Zeitraum auf rund 2 Mio. Yuan gestiegen sein. Bis Ende d.J. wird damit gerechnet, daß 500.000 Arbeitslose eine finanzielle Unterstützung erhalten werden. (CD, 16.12.92)

Die staatlichen Unternehmen forderte Ruan Chongwu nach einem Bericht der *Xinhua* dazu auf, mit dem früheren System der Arbeitsplatzzuweisung zu brechen und flexiblere Managementmechanismen einzuführen. Den Unternehmen seien die gesamten Entscheidungsrechte für die Beschäftigung vom Staat übertragen worden. (SWB, 17.12.92)

Über ein Beispiel der Umsetzung der neuen Entscheidungsrechte der Unternehmen in der Personalpolitik berichtet die *South China Morning Post* am 14.12.92. Welche personalpolitischen Maßnahmen hier ein ehemaliges Staatsunternehmen durchgeführt hat, werde von allen Staatsunternehmen mit großem Interesse beobachtet.

Nach Bildung eines Joint Ventures zwischen dem Staatsunternehmen Wuhan No. 2 Printing and Dying Works und dem Hongkonger Unternehmen Hongtex Development, das einen 51%igen Anteil übernahm, wurde die Zahl der Beschäftigten von 1.920 auf 774 gesenkt. Die verbliebenen Arbeitskräfte erhielten zeitlich befristete Arbeitsverträge. Um die Kosten des ehemaligen staatlichen Verlustunternehmens zu reduzieren, erfolgte gleichzeitig eine Abschaffung aller betrieblichen Sonderleistungen. Außerdem wurde die Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden erhöht. Ein neues von der Unternehmensleitung eingeführtes Entlohnungssystem erlaubte eine Verdoppelung des bisherigen Monatslohnes.

Nach Angaben von Lin Shouping, Leiter des Wuhaner Textilbüros, wurden aus dem Verkauf des staatlichen Unternehmens ca. 1 Mio. US\$ zur Gründung kleiner Restaurants und Geschäfte bereitgestellt, um einen Teil der entlassenen Arbeitskräfte unterzubringen. Während 50% der Entlassenen dort eine Beschäftigung gefunden hätten, erhielten die restlichen eine monatliche Unterstützung.

Bevor das Hongkonger Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung erwarb, stand das staatliche Unternehmen kurz vor dem Bankrott. Seit 1989 hatte es keine Gewinne mehr gemacht, konnte seine Produkte nicht absetzen und war von Bankkrediten abhängig. In den letzten drei Jahren sollen sich die Verluste auf 5 Mio. US\$ belaufen haben. Zwar hatte das Staatsunternehmen in den 70er Jahren moderne Anlagen importiert, diese jedoch nicht mehr eingesetzt, da die notwendige Reparaturen nicht vorgenommen wurden. Obwohl es ständig Verluste machte, erhielten die Beschäftigten eine jährliche Lohnerhöhung von 10-15%; außerdem durften keine Arbeitskräfte entlassen werden. Die Belastung des Unternehmens mit den Kosten für die Bereitstellung von Werkwohnungen, Kindergärten, Krankenversicherung, Pensionszahlungen, etc. sei extrem hoch gewesen.

Die Hongkonger Geschäftsführung soll nach den radikalen personalpolitischen Entscheidungen auch die sonstigen Probleme erfolgreich gelöst haben. So wurden beispielsweise Hongkonger Techniker zur Reparatur der Maschinen geholt und insgesamt die Betriebsgebäude instandgesetzt. Damit konnte die Produktion in den ersten Monaten um 40% erhöht werden. Außerdem wurden über Hongkonger Verbindungen Absatzmärkte in Südostasien und in den USA erschlossen. Obwohl alle diese Maßnahmen von großer Bedeutung für die Sanierung des Unternehmens gewesen wären, so sei doch der wesentliche Impuls von den Reformen im Personalbereich ausgegangen.

Wie die *China Daily* am 28.12.92 berichtet, hat die (staatliche) China National Coal Corporation (CNCC), die rund 3 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt, angekündigt, im Jahre 1993 eine Reihe von ineffizient wirtschaftenden Kohleminen zu schließen und 30.000 Beschäftigte zu entlassen. Um für die freigesetzten Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor zu schaffen, wird die Zentralregierung zinslose Kredite pro entlassener Arbeitskraft in Höhe von 10.000 Yuan bereitstellen. Ebenfalls im nächsten Jahr sollen 70.000 Beschäftigte in den der CNCC angeschlossenen Betrieben entlassen und in Dienstleistungs- oder anderen Bereichen als der Kohleverarbeitung transferiert werden. Für die Periode des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) beabsichtigt das Staatsunternehmen, eine Gesamtzahl von 400.000 Beschäftigten freizusetzen. In dieser

Periode wird die CNCC staatliche Kredite in Höhe von 2 Mio. Yuan pro Jahr erhalten, um die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich zu erleichtern. Bisher sollen 1992 bereits 19 Kohlebergwerke geschlossen und 100.000 Arbeitskräfte entlassen worden sein, die überwiegend eine Beschäftigung in anderen Sektoren gefunden hätten.

Die staatliche Kohleindustrie hatte aufgrund der vorgeschriebenen Niedrigpreispolitik in den letzten Jahren zunehmend Verluste hinnehmen müssen. Inzwischen können die Preise von 20% der Kohleerzeugung von CNCC entsprechend den Marktpreisen fluktuieren, und im Jahre 1993 soll dieser Anteil auf 38% erhöht werden. -schü-

\*(27)

### Flexibles Lohnplanungssystem angekündigt

Ab 1993 wird das Arbeitsministerium das System der Vorgabe von Planquoten für die Anzahl der Beschäftigten sowie die Höhe der Lohnsumme in den Staatsunternehmen abschaffen. Statt dessen sollen die Unternehmen nach einer flexiblen Lohnplanung vorgehen. Außerdem wird das Arbeitsministerium keine Quoten mehr für die Einschreibung in technischen Schulen festlegen.

Das Arbeitsministerium wird zur Kontrolle der Höhe der Lohnsumme in den Staatsbetrieben einen Index heranziehen, der die gesamte Input-Outputeffizienz mißt. Die Unternehmen können folgende Methoden zur Planung der Gesamtlohnsumme durchführen:

- Die Höhe der Lohnsumme wird an die wirtschaftliche Effizienz der Unternehmen gebunden. Diese Methode wird als geeignet für die meisten Staatsunternehmen angesehen.
- Die Höhe der Lohnsumme wird vertraglich festgelegt. Unternehmen, die diese Methode benutzen, können die Anzahl ihrer Beschäftigten erhöhen oder reduzieren, nicht jedoch die Lohnsumme verändern. Diese Methode eigne sich für Staatsunternehmen, die von besonderer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung seien, jedoch aufgrund verschiedener Umstände noch nicht die erste Methode eingeführt hätten.

**CHINA aktuell**

- Festlegung der Lohnsumme durch den Staat. Diese Methode gelte für Unternehmen, die seit langem Verluste machen und die nicht über ein eigenes Kontrollsystem verfügen würden.

- Festlegung der Lohnsumme durch das Unternehmen und Überprüfung des Umfangs der Lohnsumme durch das Arbeitsministerium hinsichtlich wirtschaftlicher Effizienz und Arbeitsproduktivität. Diese Methode sei nur für die kleine Anzahl der Staatsunternehmen geeignet, die über ein funktionierendes Kontrollsystem verfügten wie beispielsweise Aktiengesellschaften oder Unternehmen, die das Managementsystem der ausländischen Unternehmen übernommen hätten.

Unabhängig davon, welche Methode für das Unternehmen in Frage komme, sei nach Angaben des Arbeitsministers die oberste Regel, daß die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz höher als der Zuwachs der Gesamtlohnsumme auszufallen habe. Für den Anstieg des durchschnittlichen Pro-Kopf-Lohnes gelte die Forderung, daß dieser niedriger als der Produktivitätszuwachs sein müsse. Hinsichtlich des vom Unternehmen gewählten Systems der Lohnverteilung verfügten die Unternehmen über uneingeschränkte Entscheidungsrechte, das Arbeitsministerium würde in diesen Bereich nicht eingreifen. (SWB, 22.12.92)

In diesem Zusammenhang ist die Diskussion von Interesse, ob die Höhe des individuellen Lohns und der Boni in den Staatsunternehmen öffentlich bekannt sein sollte oder nicht. Das staatliche Werkzeugmaschinenunternehmen Nanjing No.2 in der Provinz Jiangsu hatte beispielsweise im März d.J. damit begonnen, die Höhe der individuell zugeteilten Boni nur jedem einzelnen Arbeiter mitzuteilen. Die Reaktionen auf dieses Experiment waren sehr unterschiedlich. So wandte der Vertreter einer lokalen Gewerkschaftsvertretung ein, daß dies System auf ein 'mangelndes Vertrauen in die Arbeiter' hinweise. Wenn die Höhe der individuellen Löhne als Geheimnis behandelt würde, so ein Fabrikarbeiter, könnten die Beschäftigten nicht mehr beurteilen, ob die Zuteilung der Löhne durch die Unternehmensleiter gerecht sei. (XNA, 1.12.92) -schü-

**\*(28) Weiter hohe Lagerbestände in Staatsunternehmen**

Aus Statistiken der China Industrial and Commercial Bank wird ersichtlich, daß Ende Oktober 1992 der Wert des in Lagerbeständen gebundenen Kapitals in den Staatsunternehmen 130,68 Mrd. Yuan betrug. Damit konnten zwar die Lagerbestände gegenüber dem Vormonat um 2,33 Mrd. Yuan reduziert werden, doch im Vergleich zum Jahresbeginn stieg der Wert der Lagerbestände um 20,95 Mrd. Yuan. (SWB, 1.12.92) Im Oktober letzten Jahres wurden die Lagerbestände mit 131,8 Mrd. Yuan angegeben. (C.a., Jan.92, S. 18)

Nach Einschätzung des Wirtschafts- und Handelsbüros beim Staatsrat (Economic and Trade Office = ETO) wird die geplante Reduzierung der Lagerbestände bis Ende d.J. sehr schwierig werden. (SWB, 1.12.92) So hatte das damalige Produktionsbüro beim Staatsrat eine Reduzierung der Lagerbestände in den Staatsunternehmen um 10 Mrd. Yuan als Ziel für 1992 vorgegeben. (C.a., Mai 1992, S. 295)

Zur Reduzierung der Lagerbestände fordert das ETO drastische Maßnahmen. So sollen beispielsweise die lokalen Banken keine Kredite mehr an solche Unternehmen vergeben, die unverkäufliche Produkte herstellen, und die Energiezuteilung an diese Unternehmen soll rationiert bzw. eingestellt werden. (SWB, 1.12.92) -schü-

**\*(29) Probleme im staatlichen Getreideankauf**

Die bereits seit Mitte der 80er Jahre auftretenden Probleme fehlender Finanzmittel bei der Durchführung des staatlichen Getreideankaufs haben sich weiter verschärft. Dies führte auch in diesem Jahr dazu, daß an die Stelle des Ankaufs gegen Bargeld in vielen Gebieten an die Bauern Berechtigungsscheine ausgegeben wurden. Ein Artikel in der *China Daily* vom 8.12.92, der im folgenden zusammengefaßt wiedergegeben wird, macht die Hintergründe für diese Entwicklung deutlich.

Nach einem Bericht des Handelsministeriums werden für den Ankauf der Herbstgetreideernte insgesamt 60,5 Mrd. Yuan benötigt. Dagegen sollen

den staatlichen Getreidean- und verkaufsunternehmen, die unter Leitung des Handelsministeriums stehen, hierfür im Oktober d.J. lediglich Mittel in Höhe von 10,7 Mrd. Yuan zur Verfügung gestanden haben, so daß 49,8 Mrd. Yuan für den Ankauf fehlten.

Die Finanzierungslücke wird auf die Probleme in den staatlichen Getreideunternehmen zurückgeführt, die aufgrund der niedrigen Preise kaum Gewinne beim Wiederverkauf von Getreide machen könnten. Insgesamt sollen sich die Verluste dieser Unternehmen auf mehr als 40 Mrd. Yuan belaufen.

Obwohl die Getreideunternehmen Subventionen vom Staat erhalten, benötigen sie doch für die Erfüllung ihrer Aufgaben zunächst Bankkredite. Diese sind durch die wirtschaftliche Expansion und die damit verbundene hohe Kreditnachfrage knapp geworden. Außerdem wurden die für den Getreideankauf bestimmten Kredite zu Sonderkonditionen von den Lokalregierungen für die Entwicklung von ländlichen Betrieben und Wirtschaftsentwicklungszonen eingesetzt.

Zur schwierigen Situation der staatlichen Getreideunternehmen tragen auch die hohen Lagerbestände bei, die Kapital binden. Vor allem der Verkauf bestimmter Getreidesorten wie Xian-dao, einer hochartragsreichen und viel angebauten Langkornreissorte, ist besonders schleppend. Außerdem verzeichneten die Getreideunternehmen bis Ende September d.J. Außenstände in Höhe von 33 Mrd. Yuan, 20% mehr als in der Vorjahresperiode. Darüber hinaus standen bis September Subventionszahlungen des Finanzministeriums in Höhe von 43 Mrd. Yuan aus, 5,8 Mrd. Yuan mehr als im September 1991.

Um den staatlichen Getreideankauf trotz dieser Probleme zu sichern, wird die Zentralbank 35 Mrd. Yuan in Form eines kurzfristigen Sonderkredits zur Verfügung stellen. Gleichzeitig wurden strikte Überwachungsregeln festgelegt, damit diese Mittel nicht für andere Zwecke eingesetzt werden. -schü-

**\*(30) Schnelle Entwicklung des Shanghaier Aktienmarktes im Jahre 1992**

Der Shanghaier Wertpapiermarkt hat bis Anfang Dezember die Zahl der börsennotierten Aktien von acht im

Jahre 1991 auf 38 erhöht. Von den insgesamt 29 an der Börse zugelassenen Aktiengesellschaften wurden 29 A-Aktien für inländische Kapitalanleger und neun B-Aktien ausgegeben, die für den Verkauf an ausländische Investoren bestimmt sind. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Wert des täglichen Aktienumsatzes von rund 5 Mio.US\$ auf 60 Mio.US\$. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Aktienbesitzer von 30.000 auf 1,2 Mio.(XNA, 5.12.92)

Nach Einschätzung chinesischer Experten sieht sich der Shanghaier Aktienmarkt jedoch einer Reihe von Problemen gegenüber. Dazu zählten insbesondere unzureichende Bestimmungen über die Durchführung des Börsenmanagements, vorschriftswidrige Operationen der Aktiengesellschaften, Mangel an Markttransparenz und starke Abweichungen von internationalen Rechnungsführungs- und Buchprüfungsstandards. Auch die Erstaussgabepreise für die A-Aktien seien tendenziell zu hoch und der Verkauf von B-Aktien verlief nicht reibungslos. (XNA, 6.12.92) -schü-

---

## Taiwan

---

\* (31)

### Große Stimmenverluste der Regierungspartei bei Parlamentswahl

Am 19. Dezember 1992 wurde der Gesetzgebungs Yuan (das Parlament der Republik China) zum ersten Mal seit 44 Jahren vollständig neu gewählt. Nachdem alle im Jahre 1948, als die Regierung noch auf dem chinesischen Festland war, gewählt betagten Abgeordneten Ende 1991 infolge einer revidierten Entscheidung des Komitees der höchsten Richter (Verfassungsgericht) in den Ruhestand getreten waren, blieben noch 125 in Taiwan gewählte ergänzende Abgeordnete im Haus. Für das neue Parlament, den 2. Gesetzgebungs Yuan, gibt es insgesamt 161 Sitze, davon werden 125 in 29 Wahlkreisen durch Direktwahl bestimmt. Ferner gibt es noch 30 überregionale und 6 überseechinesische Mandate, die über Parteilisten im Verhältnis der bei den direkten Wahlen errungenen Stimmzahlen unter denjenigen Parteien aufgeteilt werden, die mindestens fünf Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben.

Bei den neuen Wahlen vom 19. Dezember sind 72,02% der über 13,4 Mio. Wahlberechtigten zur Urne gegangen. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 53,02% auf die Regierungspartei KMT (Kuomintang), 31,03% auf die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), 1,33% auf die CSDP (Chinese Social Democratic Party) und 0,59% auf die anderen Parteien. Darüber hinaus wurden noch 14,03% der Stimmen an unabhängige Kandidaten abgegeben. Zieht man nur die Stimmen für die Parteikandidaten in Betracht, die für die Proporz aufteilung der überregionalen und überseechinesischen Mandate maßgebend sind, dann sehen die Stimmenanteile der Parteien so aus: KMT 61,67%, DPP 36,09%, CSDP 1,55% und die anderen Parteien 0,09%. (LHB, 20.12.92; FCJ, 22.12.92; CP, 22.12.92)

Im Vergleich zu den Wahlen der ergänzenden Mitglieder desselben Hauses vor drei Jahren ist der Anteil der KMT an den gesamten gültigen Stimmen diesmal um 7,81% gesunken, hingegen hat der Anteil der DPP um 2,83% zugenommen. Bei den Wahlen zur 2. Nationalversammlung Ende 1991 hatte die KMT noch einen hohen Stimmenanteil von 71,17% und die DPP einen niedrigen von nur 23,94%. (Vgl. C.a., Dez. 1989, S.934 ff., und Dez. 1991, S.780 ff.) Jedoch ist anzumerken, daß diesmal 43 KMT-Mitglieder ohne Unterstützung der Partei als "unabhängige" Kandidaten an den Wahlen teilnahmen und zusammen 7,5% der Stimmen erhielten. Sieben von ihnen wurden sogar gewählt. Einer der Gewählten, der zwar von der KMT als Kandidat aufgestellt war, wurde allerdings später aus der Partei wegen disziplinarischer Strafmaßnahmen ausgeschlossen. Aber technisch wurden sein Stimmenanteil noch der Partei zugerechnet. Schließt man alle Stimmen der Parteimitglieder ein, die als "unabhängige Kandidaten" in den Wahlen antraten, dann hatte die KMT einen Anteil von 60,5% an allen abgegebenen gültigen Stimmen, was in etwa dem Ergebnis von 1989 entspricht.

Bei der DPP gab es auch 8 solche "unabhängige" Kandidaten, die insgesamt 78.638 oder 0,8% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten, doch wurde keiner von ihnen gewählt. Der tatsächliche Stimmenanteil der DPP mit 31,9% weicht somit nicht weit von dem nominell offiziellen Ergebnis ab.

Von den 161 Gewählten gehören also 102 zur KMT (79 direkt gewählte regionale, 19 und 4 über die Parteiliste

per Proporzwahl gewählte überregionale bzw. überseechinesische Mandate), 50 zur DPP (37, 11 und 2), 1 zur CSDP und 8 sind echte parteilose, unabhängige Mandate. Im Vergleich zum Stand vor den Wahlen ist der Sitzanteil der KMT von 74,4% auf 63,35% gefallen, hingegen hat die DPP ihren Sitzanteil von 14,4% auf 31,05% verbessert.

Die Stimmenverluste der KMT sind vor allem auf ihre Spaltung in den Wahlen zurückzuführen. Seit der Nationalversammlungswahl 1991 gibt es innerhalb der Partei zwei informelle Gruppen, die man als "Hauptströmung" (Zhuliupai) und "Nicht-Hauptströmung" (Feizhuliupai) bezeichnet. Die erste Gruppe um den Parteivorsitzenden und Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) neigt zum Verzicht auf eine Einigung Taiwans mit dem chinesischen Festland, während die zweite Gruppe um Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) die chinesische Einheit nicht aufgeben möchte. Bei der Aufstellung der Parteikandidaten hat die Führung deutlich die Angehörigen der "Hauptströmung" bevorzugt; viele Anhänger der "Nicht-Hauptströmung" waren somit gezwungen, ohne Unterstützung und Zustimmung der Partei als "unabhängige" Kandidaten anzutreten.

Im Wahlkampf vertraten die Kandidaten der "Hauptströmung" sowie der Opposition die Parole "ein China, ein Taiwan" (Yizhong yitai) und griffen Ministerpräsident Hao an. Hingegen richteten die Kandidaten der "Nicht-Hauptströmung" in ihrer Wahlpropaganda Appelle zur Aufrechterhaltung der chinesischen Einheit und Fortsetzung des Kabinetts von Hao an die Wähler und schnitten damit überraschend gut ab. Zhao Shaokang (Jaw Shau-kang) und Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), die kurz vor den Wahlen von ihrem Amt als Vorsitzender des Komitees für den Umweltschutz bzw. Finanzminister zurückgetreten waren und zur "Nicht-Hauptströmung" zählten, kamen landesweit bzw. in der Hauptstadt Taipei auf das beste Ergebnis. Tief enttäuscht ist die Gruppe der "Hauptströmung", da viele ihrer Anhänger nicht durchkamen oder es nur knapp schafften. Dies gilt nach allgemeiner Meinung auch als persönliche Niederlage des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui. Der Generalsekretär der KMT, Song Chuyu (James C.Y. Song), ein Vertrauter von Li, hat als Konsequenz des Wahlausgangs seinen Rücktritt angekündigt.